



Presseinformation

Nr. 269 / 2012

Kiel, Freitag, 13. Juli 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildung / Schülerbeförderung

Anita Klahn: Kreise sollen wieder die Freiheit bekommen, über die Elternbeteiligung bei den Schülerbeförderungskosten zu entscheiden

Zur Aufhebung der zwingenden Elternbeteiligung bei den Schülerbeförderungskosten sagt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die FDP-Fraktion spricht sich für eine Änderung des Schulgesetzes aus, um die zwingende Elternbeteiligung bei den Schülerbeförderungskosten aufzuheben. Es war immer unsere Position, den Kreisen die entsprechende Freiheit zu gewähren. Die von uns mitbeschlossene Gesetzesänderung in der letzten Legislaturperiode beruhte allein auf dem Wunsch unseres damaligen Koalitionspartners und war Teil eines größeren Kompromisspaketes, ohne das Koalitionen nicht handlungsfähig sind.“

Durch den Verzicht auf die zwingende Elternbeteiligung werden die Kreise nicht mehr verpflichtet sein, die Eltern an den Schülerbeförderungskosten zu beteiligen, sondern können den Gegebenheiten vor Ort entsprechend entscheiden. Mehrere Kreise hatten sich der bisherigen Regelung widersetzt und erst auf Anordnung des Innenministeriums eine entsprechende Satzung erlassen. Der Kreis Dithmarschen hat zudem Klage gegen die bestehende Regelung erhoben.

„Mit dieser Änderung wird die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und Rechtsfrieden geschaffen. Im Gegensatz zum Entwurf der Piraten schlagen wir jedoch vor, auf den unbestimmten Rechtsbegriff ‚angemessen‘ im Gesetzestext zu verzichten, um nicht unnötigen Klagen Raum zu bieten. Wir sind offen für die Debatte mit den anderen Fraktionen über die genaue Ausgestaltung. Unser Ziel der Abschaffung der zwingenden Elternbeteiligung muss jedoch gewahrt bleiben“, so Anita Klahn abschließend.

www.fdp-sh.de